

Anne Rieger

Aufrüstung statt Bildung und Sozialausgaben

Weltweite Aufrüstung statt Friedensdividende

Nach dem Ende der Systemkonfrontation wurde ein Jahrzehnt abgerüstet. Der BICC-Index der Abrüstung und des Konversionsbedarfs weist aus, dass bis 1999 weltweit die militärischen Sektoren um 30 Prozent verkleinert wurden. Trotzdem betragen die Militärausgaben weltweit die immer noch unvorstellbare Summe von 686 Mrd. Dollar. Das Jahr des Jugoslawienkrieges führte zur Trendwende. Obwohl die Mehrheit der Staaten ihre Militärausgaben weiterhin verringert haben, stiegen die weltweiten Militärausgaben wieder an. Ursache sind Staaten mit hohen Militärausgaben, wie die USA, Deutschland, Frankreich, China, Russland, Brasilien, Australien, die ihre Militärausgaben erhöht oder deren Wachstum angekündigt haben.¹

Indiz dafür ist der 329 Mrd. Dollar schwere Rüstungsetat der USA der um 20 Mrd.\$ aus dem nach dem 11. September verabschiedeten "Nothilfepaket"² ergänzt werden soll. 40 Mrd. waren direkt nach den Terroranschlägen verabschiedet worden die Demokraten im Kongress bestehen auf weiteren 15. Mrd. Dollar³. Damit beträgt der US-Militärhaushalt etwa die Hälfte der weltweiten Rüstungsausgaben. Dass weder mit Abrüstung noch mit Kürzung des Rüstungsetats zu rechnen ist, beweist sowohl die Aufkündigung des ABM-Vertrages, als auch der größte Rüstungsauftrag, den das Pentagon je vergeben hat. Im Oktober 2001 wurde vereinbart, dass der Rüstungskonzern Lockheed Martin 200 Mrd. Dollar für den Bau von 3000 Kampffjets F-35 erhält.⁴

Zeit der Scheckheft-Solidarität ist vorbei – oder zusätzlich gewünscht?

Auch der Krieg gegen Afghanistan verschluckt Milliarden. Ohne konkrete Zahlen zu nennen, ließ das Verteidigungsministerium den Kongress wissen, dass für die ersten drei Monate mit Kosten in der Größenordnung von 3,8 Mrd. \$ gerechnet wird. Und manche Abgeordnete denken beim Zahlen an uns: "Sind unsere Alliierten bereit auch Geld beizusteuern oder nur Soldaten und Schiffe?", so Norm Dicks, Mitglied des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus⁵. Auch US-Verteidigungsminister Rums-

feld betonte auf der Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister, dass die Verbündeten gegen terroristische Anschläge mehr Mittel zur Verfügung stellen müssten. Nato-Generalsekretär Robertson sagte: “Verteidigung ist nicht billig zu haben”⁶. Entsprechend kündigte die NATO einen “langfristigen und entschlossenen Kampf gegen den Terrorismus” an und will dazu auch die “Erweiterung militärischer Fähigkeiten” prüfen⁷.

So kommt viel auf uns zu: Im Bundeshaushalt für 2002 ist der Militäretat im Einzelplan 14 bisher mit 23,621 Mrd. Euro (**46,2 Mrd. DM**) ausgewiesen.⁸ Eine scheinbare Kürzung gegenüber dem vorangegangenen Haushalt von 23,959 Mrd. Euro (46,8 Mrd. DM). Beide Etats sagen über die tatsächlichen militärischen Gesamtausgaben, die Ausgaben für die Beschaffung von neuem Kriegsgerät und die Entwicklungstrends dieser Ausgaben wenig aus.

Steigende Militärausgaben bei sinkendem Personal und weniger Standorten

“Verteidigungsetat steigt dauerhaft um **1,5 Mrd. DM**”, verkündete die Bundesregierung⁹. Dafür wird u.a. neues Kriegsgerät gekauft, wie neue Schützenpanzer, minensichere Fahrzeuge, ein Transportschiff, die “Fähigkeitslücken” beim Kampfflugzeug Tornado werden geschlossen und die Nachrichtengewinnung verbessert¹⁰. Damit belaufe sich der Haushalt des Verteidigungsministerium im kommenden Jahr auf 47,7 Mrd. DM. Doch damit nicht genug. Für die ersten sechs Monate des Einsatz der Afghanistan “Schutztruppe” fordert Scharping weitere **335 Mio. DM**. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbands Oberst Bernhard Gertz rechnet mit einem mindestens 2jährigen Einsatz¹¹, entsprechend werden die Ausgaben steigen. Und mit den oben erwähnten amerikanischen Anforderungen ist ebenfalls zu rechnen.

Zusätzliche **drei Mrd. DM** jährlich kommen der Bundeswehr zugute, “auch wenn dieser Betrag im Verteidigungshaushalt selbst nicht steht”¹². Scharping erläutert vor der Hauptversammlung des Bundeswehrverbands, dass sie durch die Mobilisierung privaten Kapitals in gemeinsamen Beteiligungsgesellschaften für Fahrzeugflotten, Bekleidung, Investitionen in Liegenschaften, Informationstechnik und bestimmte Bereiche

des Beschaffungswesens der Bundeswehr außerhalb des Verteidigungsetats erreicht werden. Weitere **1,2 Mrd. DM jährlich** werden aus “den Erlösen aus den Veräußerungen von Vermögenswerten”¹³ der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Als einziger Minister darf Scharping “Tafelsilber” der Bundesrepublik, d.h. Grundstücke und Immobilien, verscherbeln und das Geld für Beschaffungen in seinem eigenen Haushalt verwenden. Hinzu werden die **Verkäufe von ausgemusterten Waffen** ins Ausland kommen. Scharping hatte einen 46-Seiten-Katalog in 53 Länder geschickt. Die Verkäufe von u.a. 699 Leopard-Panzern, 589 Schützenpanzern, 267 Flak-Panzern, 54 Tornados und Kampfflugzeugen MIG-29 und Phantom konnten bisher noch nicht realisiert werden, weil der Außenminister die Aktion mit einem Runderlass gestoppt hatte.¹⁴

Der Militärhaushalt im Jahre 2002 wird also erstmals seit 1992 wieder über **52 Mrd. DM** liegen, diesmal allerdings bei einer erheblich reduzierten Mann/Frau-Stärke. Im November 1990 hatte die Bundeswehr etwa 510.000 Soldaten und sollte bis 1994 auf 370.000 Mann reduziert werden. Der Bundeswehrhaushalt lag für 1991 und 1992 bei je 52,5 Mrd. DM¹⁵. Heute beschäftigt die Bundeswehr 338.000 SoldatInnen, die bei erhöhtem Militäretat auf 280.000 Mann/Frau im Jahr 2006 reduziert werden sollen, ebenso das zivile Personal um 30.000 – 40.000, die Zahl der Standorte um 59. Auch bei Personalausgaben wird gekürzt. Die sonst von der Bundesregierung so gehätschelten Soldaten demonstrieren gemeinsam mit Polizisten gegen Kürzungen ihrer Altersversorgung, nur eine “Abflachung der Erhöhungen der Pensionen”¹⁶ meint Schily.

Gegenüber dem Militärhaushalt 2001 beträgt die Erhöhung ca. 9%. Die ursprünglichen 46,8 Mrd. DM wurden aufgestockt um 148 Mio. DM Einmal-Ausgaben für den Mazedonien-Einsatz und 94 Mio. DM für die laufenden 4 Monate und um 50 Mio. DM für die “Anti-Terror-Kräfte” des Afghanistan-Einsatzes. Mit Erlösen und Kostensenkungsmaßnahmen bei der Bundeswehr von 900 Mio. DM¹⁷ erhöhten sich so die Militärausgaben 2001 auf 48 Mrd. DM. Die Erhöhung für 2002 um 9% ist eine beachtliche Weichenstellung in Richtung Aufrüstung, stellt man sie in Relation zur 1,5prozentigen Erhöhung des Gesamthaushalt auf 247,5 Mrd. Euro (484,1 Mrd. DM).

Die “neuen Finanzierungsquellen”, die durch “die Vereinbarungen mit dem Bundesminister der Finanzen” eröffnet wurden, werden für “zusätzliche Investitionsmittel” verwendet. Zusätzlich rechnet Scharping mit “**Effizienzgewinnen** aufgrund höherer Wirtschaftlichkeit oder **gesenkter Betriebskosten**, unter anderem aus der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft”¹⁸. Auch sie sind für neue Angriffswaffen vorgesehen. Es ist eines der Hauptziele Scharpings den Kriegswaffenanteil (investiven Anteil) des Verteidigungshaushalts kontinuierlich zu steigern. Zu den verteidigungsinvestiven Ausgaben zählen Forschung, Entwicklung und Erprobung, militärische Beschaffungen und Anlagen, sonstige Investitionen, Haushaltssystematik, Struktur sowie Umfang und Entwicklung des Einzelplans 14¹⁹.

Nicht berücksichtigt bei der Darstellung des Einzelplans 14 sind die in anderen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmitteln, die zu den “Verteidigungsaufwendungen nach NATO-Kriterien” gehören wie die Versorgung der Bundeswehrangehörigen (Pensionen), der Bundeswehr - Wohnungsbau, Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt von Stationierungstreitkräften auf dem Boden der Bundesrepublik, Beiträge zu zivilen NATO-Organisationen und zum Zivil-Haushalt der NATO und der Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

Mehr Geld für Angriffswaffen

In den Jahren 1994 - 1998 wurden im Durchschnitt 5,6 Mrd. DM in die Ausrüstung der Bundeswehr investiert. Im Durchschnitt der Jahre 1999-2001 werden jährlich 1,8 Mrd. DM (+ 32%) mehr investiert.²⁰ Der Industrie reicht das nicht: Der Verteidigungsetat müsse für die nächsten zehn Jahre um jeweils 2,7 Mrd. DM steigen, forderte der Leiter der BDI-Abteilung für öffentliche Aufträge, Timm Meyer. Dringend notwendig sei auch eine Anhebung des Investitionsanteils am Verteidigungshaushalt. Laut Spiegel müssen dazu die Ausgaben für neue Militärausrüstung binnen weniger Jahre von derzeit ca. 7 Mrd. DM auf mehr als 15 Mrd. DM jährlich steigen²¹. Die wehrtechnische Industrie geht weiter. Sie fordert, den Rüstungshaushalt auf 60 Mrd. DM anzuheben und den Investitionsanteil von derzeit 21% auf 40% zu erhöhen. Dabei nimmt man

kein Blatt vor den Mund: "Wer nur die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen wehrtechnischen Industrie im Auge hat, übersieht diese politisch-strategische Funktion" erklärt Ludolf von Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie. "Deutsche Mitsprache bei der Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU und der Sicherheitspolitik des Bündnisses wie deutsche Mitsprache im Rahmen der europäischen und transatlantischen Rüstungszusammenarbeit setzen voraus, dass Deutschland auch Rüstungsfähigkeiten einbringen kann."

Damit sind wir beim Kern dieser scheinbar paradoxen Entwicklung: Ursache ist die Umstrukturierung der Bundeswehr von einer Panzerarmee in eine Interventions- und Angriffsarmee. Im November 1999 erläuterte Bundeskanzler Schröder auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr den Spitzen des deutschen Militärs diese "Neuausrichtung der Bundeswehr". Er teilte mit, dass wir "vor einer entscheidenden Weichenstellung deutscher Sicherheitspolitik" stünden, die "durchaus verglichen werden ... kann ... mit der Situation in den 50er Jahren, als es darum ging, Deutschland verteidigungsfähig zu machen." Jetzt soll Deutschland angriffsfähig gemacht werden: "Mögliche Einsätze der Bundeswehr" werden "in Zukunft ... bis hin zu militärischen Optionen bei humanitären Einsätzen oder bei der Durchsetzung von Bündnisverpflichtungen reichen".²²

Das geht nicht mit einer Panzerarmee von Wehrpflichtigen. Die Verkleinerung der Bundeswehr um Wehrpflichtige, Zivilbeschäftigte und Standorte ist verbunden mit ihrer Professionalisierung und der Konzentration auf ihre "Kernaufgaben" (Kriegführen also). Dazu wird die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten auf 200.000 aufgestockt, ein Plus von 12.000. Entscheidend aber ist, dass die Zahl ihrer "Einsatzkräfte" ihrer Interventionskräfte also, verdreifacht wird von ca. 53.000 im Jahre 1999 auf 150.000 Mann und Frau. Am 14. Juni 2000 hat die Bundesregierung die wesentlichen Entscheidungen zur Umstrukturierung unter dem Stichwort "Weizsäcker-Kommission" getroffen. Die Stuttgarter Nachrichten klassifizieren die "Neustruktur" als "Teil einer historischen Reform. Niemals zuvor sind die deutschen Streitkräfte so grundlegend neu ausgerichtet worden."²³

Das entspricht dem neuen Auftrag der Bundeswehr. Bisher galt sie als Armee der Bündnis- und Landesverteidigung. Seit 1992 lautet der Auftrag u. a. "... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" Volker Rühes verteidigungspolitischen Richtlinien gelten weiterhin, die Bundesregierung hat sie nicht zurückgenommen. Vielmehr bestätigte Scharping diesen Auftrag mit anderen Worten: "Unsere ... sicherheitspolitischen Ressourcen müssen wir auch an anderen Stellen dieser Welt ... einbringen."²⁴ Sicherheitspolitische Ressourcen - das Weiswäscherwort für militärische Ressourcen.

Ausgehend vom Bundeswehrplan 1997 wird für die Beschaffung von immer teurerem Kriegsgerät, das Einsätze weit außerhalb des Nato-Gebietes und Europas ermöglichen soll, zusätzliche Gelder für die 215 Rüstungsprojekte²⁵ benötigt, deren Beschaffungskosten der "Spiegel" im Frühjahr 2001 mit 220 Mrd. für die nächsten 15 Jahre beschreibt.²⁶ Experten schätzen, dass für die Nutzung von Kriegsgerät noch einmal das 1,4fache gebraucht wird. Zusammen ergibt das 528 Mrd. DM. Rechnet man das auf zwanzig Jahre hoch muss man durchschnittlich pro Jahr 26 Mrd. DM ansetzen. Keine übertriebene Hochrechnung. Denn Bundeskanzler Schröder stellt fest: "Wir haben nicht erst seit dem 11. September, sondern in den letzten drei Jahren die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik fundamental verändert."²⁷ Das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam (kritische Stimmen vergleichen es mit dem früheren preußischen Generalstab), "ein Kernelement der ... Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf"²⁸ ist schon vorfristig bereit, seinen Führungsteil zu Kanzler Schröders Kriegsvision beizutragen: Deutschland werde "jenseits der eigenen Grenzen" sein wirtschaftliches und politisches Gewicht bei der Lösung von Konflikten einsetzen.²⁹

Gelder gehen für zivile Arbeitsplätze verloren

Die Erhöhung der Mittel für neue Kriegswaffen in Vergangenheit und Zukunft gehen für zivile Arbeitsplätze verloren. Direkt aus unsern Taschen fließt das Geld zu den Rüstungskonzernen, wie die 1,5 Mrd. DM jährlich aus der Erhöhung der Steuern auf Versicherungen und Tabak zeigen. So deutlich sichtbar sind andere Bereiche nicht. Geset-

Veränderungen im Bereich der Kommunen z.B., haben dazu geführt, dass ihnen seit 1998 jährlich 11,3 Mrd. DM weniger zur Verfügung stehen. Die ostwestfälisch-lippische CDU prognostiziert in zwei Jahren den Offenbarungseid für 50 Prozent der Kommunen im Regierungsbezirk³⁰. Im Ergebnis sind das weniger Arbeitsplätze in schlechter ausgestattete Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Museen und/oder höhere Zahlungen durch uns Nutzer.

Die Kommunen stellen fest, dass ihr Investitionsvolumen heute unter dem Niveau von 1992 liegt. Die Städte und Gemeinden müssten bis zum Jahr 2009 1.300 Mrd. DM investieren, um Lebensqualität und wirtschaftliche Attraktivität wenigstens auf dem heutigen Niveau zu halten. Das meiste Geld benötigen die Kommunen für Nahverkehr, Straßenbau, Soziales, Umweltschutz und Wasserversorgung, wie aus einer Studie des deutschen Städtetages hervorgeht. Eine Umschichtung zu Lasten des Verteidigungsetats wäre sozial sinnvoll, ökologisch nützlich und würde zu mindestens der doppelten, teilweise sogar dreifachen Anzahl von Arbeitsplätzen führen als im Kriegswaffenbereich.

Kriegswaffentransporter statt Bildung

Große Beachtung erregte der Ende des Jahres abgeschlossene Vertrag über die Beschaffung von 196 Militär-Airbussen A 400M für die Europäischen Armeen. Großauftraggeber Deutschland wird für 73 Transporter mindestens 8,517 Mrd. Euro³¹ (16,66 Mrd. DM) unserer Steuergelder zur Verfügung stellen. Schon im Mai 2001 sah der Bundesrechnungshof die Gesamtkosten für Beschaffung und Betrieb des Flugzeugs während seiner gesamten Einsatzphase bei 40 Mrd. DM, mehr als das Doppelte also. Ende Dezember waren lediglich 5 Milliarden Euro vom Parlament grundsätzlich genehmigt. Für den Gesamtbetrag wäre ein Nachtragshaushalt nötig.³² Von 2009 bis 2016 sollen die Flugzeuge ausgeliefert werden.

Das Vorhaben wird von den 25 Mrd. Euro³³ 90 Prozent in EADS-Konzern spülen³⁴. Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Auftrag für den deutsch-französischen Rüstungskonzern zeigt sich darin, dass die A 400M gekauft werden, ob-

wohl eine bundeswehrinterne Vergleichsstudie im Jahr 2000 zu dem Ergebnis kam, dass die russisch-ukrainische Antonov An-7x sowohl im technisch-operationellen als auch im wirtschaftlichen Bereich dem westeuropäischen Airbus überlegen sei³⁵. Der damalige Generalinspekteur Hans Peter von Kirchbach wollte für den Steuerzahler sparen. Sie sei "unter Berücksichtigung aller wesentlichen Kriterien die bessere Alternative"³⁶. Er musste gehen und Monitor berichtete, dass die Airbusse 3,3 Mrd. mehr kosten sollen als das wirtschaftliche Alternativ-Modell. In Deutschland soll es nach Aussagen des Konzerns 8000 Stellen sichern, europaweit gar 40.000 Stellen schaffen oder sichern. Nicht alle scheinen überzeugt, dass es gut angelegtes Geld ist, denn Italien, das ursprünglich 16 Transporter ordern wollte, zog sich zwischenzeitlich aus dem Projekt zurück.

Auch in Deutschland sind preisgünstigere – vor allem aber sozial und ökologisch sinnvollere - Alternativen für staatliche Investitionsprogramme denkbar als die 40 Mrd. DM Lebenswegkosten des A 400M. So streicht beispielsweise der Berliner Senat bis zum Jahr 2006 16.000 Stellen im öffentlichen Dienst um 1,1 Mrd. DM zu sparen³⁷. Allein die betriebswirtschaftlich vernünftiger Lösung Antonov hätte die 16.000 Stellen bis zum Jahr 2015 sichern können.

Bei einem politisch gewollten Konversionsprogramm für die 8000 in Deutschland Beschäftigten, sind viele - sozial nützliche und ökologisch sinnvolle - Varianten denkbar: Investitionsprogramme für den Öffentlichen Verkehr (auch der zivile Flugverkehr wird trotz 11. September wieder zunehmen), Umweltschutz und Wohnungsbau, Wasseraufbereitung und qualifizierte fachgerechter Ausbildung von technischen und wissenschaftlichen Nachwuchskräften. Natürlich alles verbunden mit Weiterqualifizierungs- und Umschulungsprogrammen – aber das steht heute bei lebenslangem Lernen sowieso für Jeden und Jede auf der Tagesordnung.

In der Zwischenzeit pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Die reiche Bundesrepublik ist, was Bildung anbelangt, auf den hinteren Rängen der Industriestaaten zu finden. Im weltweiten Schülertest Pisa belegten deutsche Schüler beim Textverständnis

Rang 25 von 32, in den Naturwissenschaften die Ränge 19 bis 23. In keinem anderen Industrieland ist darüber hinaus die soziale Herkunft so entscheidend für den Schulerfolg wie in der Bundesrepublik. Mit Ausgaben in Höhe von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird weniger investiert, als im Durchschnitt der OECD-Länder, der bei 5,7 Prozent liegt. McKinsey-Chef Jürgen Kluge veranschlagt 6 Mrd. DM als Ausweg aus der Bildungskrise. Er schlägt vor, die Krippenplätze in den nächsten zwei Jahren zu verdreifachen. Dann würde für jedes fünfte Kind ein Platz zur Verfügung stehen, die Kosten würden sich auf rund 2 Mrd. DM belaufen. Ganztagschulen für jeden dritten Schüler würden weitere 3 bis 4 Mrd. DM kosten. Die Bundesregierung wäre gut beraten, diesem Vorschlag zu folgen. Denn die Erkenntnisse über den Bildungsnotstand in der Bundesrepublik sind nicht neu. Bereits 1997 hatte die Timms-Studie auf deutliche Schwächen beim Unterricht in Naturwissenschaften und Mathematik hingewiesen. Trotz "Timms-Schock" sank der Bildungsetat des Bundes von 1998 auf 1999, während die Verteidigungsausgaben im gleichen Zeitraum stiegen.

Konkret drückt sich der Geiz im Bildungsetat so aus: Für Schulcomputer werden in Baden-Württemberg jährlich 100 Millionen ausgegeben statt des ursprünglich doppelten Investitionsvolumens. Um 100 Mio. DM wurde geizt, bei der Rüstung aber wurde festgelegt, dass 292 Mio. DM für 2001 zusätzlich für den Mazedonien-Einsatz zur Verfügung gestellt wurden. Auch das eine Beschaffungsmaßnahme, die mit dem angeblichen Auftrag, freiwillig abgegebene Waffen einzusammeln und zu zerstören, wenig zu tun hat, betrachtet man Beschaffungsposten, wie 57 Dingos (gegen Blastminen geschützte Fahrzeuge), 15 Wiesel (sanitätsdienstliche Unterstützung), 500 Schutzwesten, 50 Nachtsichtgeräte und 1200 Heißwetterbekleidungen. Dagegen ist sich Baden-Württemberg aber nicht zu schade, 50 Mio. DM im Zeitraum von 1997 bis 2000 von Langzeitstudenten einzusammeln, und die Stadt Stuttgart verlangt pro Kind im Regelkindergarten demnächst 5 Euro pro Monat mehr.

Neueste Bestellung von Kriegswaffen

Der Verteidigungs- und Haushaltsausschuss haben am 12.12.2001 fünf Beschaffungsprojekten zugestimmt. Erstmals wird ein eigenes satellitengestütztes Aufklärungssy-

stem SAR-Lupe mit einem Volumen von nahezu 300 Mio. Euro (580 Mio. DM) beschafft. Fünf Radarsatelliten werden jeden Ort der Erde innerhalb weniger Stunden aufklären können. Bis Ende 2006 soll die volle Aufklärungsfähigkeit hergestellt sein. Vorbehaltlich letzter Änderungen im Vertragsentwurf werden fünf Korvetten für den besonderen Kriseneinsatz in Randmeeren für 880 Mio. Euro (1,7 Mrd. DM) gekauft. Ihr Zulauf ist bis 2008 geplant. Mit Auflagen wurde dem Vertrag für 202 gepanzerte Spähfahrzeuge Fennek für 224 Mio. Euro (438 Mio. DM) zugestimmt. Sechs Systeme eines unbemannten Fluggeräts zur Zielortung für die Artillerie im Wert von 218 Mio. Euro (426 Mio. DM) werden 2007 ausgeliefert. Außerdem wurde einem Forschungsvorhaben bis zum Jahre 2006 zugestimmt, in dem gemeinsam mit Frankreich, Italien, den Niederlanden und Spanien die Technologien einer weiträumig, luftgestützten Aufklärung untersucht wird.³⁸ Diese jüngsten Bestellungen von mindestens 3,2 Mrd. DM müssen im Zusammenhang mit den bereits erfolgten Bestellungen von 180 Eurofightern, für 23 Mrd. DM, 219 Transporthubschraubern NH 90 für 5,6 Mrd. DM, 3 Fregatten für 3,9 Mrd. DM zu sehen, um nur einige der immensen Rüstungsaufträge zu nennen.

Es geht auch anders

Das Rüstungsaufträge auch stornierbar sind, zeigt Griechenland. Am Frühjahr 2001 stoppte Griechenland seine 10 Mrd. DM- Bestellung von 60 Eurofightern und weiteren 30 Optionen. Wegen finanzieller Umschichtungen im griechischen Haushalt für den Sozialsektor und die Olympischen Spiele³⁹. Auch bei uns wäre das bitter nötig. Bei der Rente hat sich der Bund entlastet. Die Bundesregierung erklärt offen in ihrem "Deutschen Stabilitätsprogramm", dass der Bund "durch die Beitragssenkungen in der Rentenversicherung langfristig beim allgemeinen Bundeszuschuss und den Beiträgen für Kindererziehungszeiten entlastet" wird, und zwar im Jahr 2030 um 16,3 Mrd. DM. Auch bei den Geringverdienern wird zugelangt. Stellte der Bund für den sozialen Wohnungsbau 1997 noch 2 Mrd. DM jährlich zur Verfügung, sind im Haushaltsentwurf für 2002 nur noch 800 Mio. DM vorgesehen, 1,2 Mrd. DM weniger. Den Alleinerziehenden wurde der Haushaltsfreibetrag gestrichen, teils schrittweise, teils sofort. Das führt dazu, dass ausgerechnet diese besonders belastete Gruppe von der Kinder-

gelderhöhung nicht profitiert, wieder ca. 1 Mrd. weniger an sozialen Leistungen. Und seit *Beginn 2001* werden *jährlich 1,2 Mrd. DM weniger Beiträge an die Krankenkassen für die Arbeitslosenhilfe überwiesen.*

Konversion muss sein

Die Gewerkschaften müssen für eine "qualitative und quantitative Abrüstung" eintreten⁴⁰, und auf die Bundesregierung einwirken, "dass die Beschaffung neuer Waffensysteme gestoppt und insbesondere auf den Bau des Eurofighters verzichtet wird"⁴¹ wie die IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart gefordert hat.

Der Arbeitskreis "Wehrtechnik und Arbeitsplätze" der IG Metall dagegen, in dem Betriebsräte aller wehrtechnischen Unternehmen vertreten sind, fordert in einem Positionspapier, "den Streikkräften mehr investive Mittel zur Verfügung" zu stellen. Das ist eine friedens- und gewerkschaftspolitische Katastrophe. Mehr Geld für Investitionen heißt mehr Geld für Kriegsgeräte, wie Eurofighter oder Kriegsschiffe. Nur damit kann der geplante Umbau der Bundeswehr von der Verteidigungsarmee zur Angriffsarmee erfolgreich durchgeführt werden. Wollen wir das gefährliche Auf- und Wettrüsten verhindern, müssen wir dazu beitragen, dass die Gelder für Aufrüstung - die investiven Mittel - gestoppt werden, dass Sandkörner in das Getriebe der Aufrüstung gestreut werden.

Dem Erpressungsdruck der Rüstungskonzerne zum Erhalt von Arbeitsplätzen nachzugeben ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch teuer und gefährlich. "Rüstung ist 140 mal teurer als Frieden", schrieb schon die Cannstatter Zeitung 1994. Rüstungsmilliarden töten nicht nur im Krieg sondern bereits im Frieden - weil Mittel sowohl im Sozial- und Entwicklungshilfebereich als auch für die Entwicklung sozial nützlicher und umweltschonender Produkte fehlen.

Die Konferenz "Conversion2001" in Bremen, an der 200 internationale Experten teilgenommen haben, forderte im April 2001, "verstärkte friedenspolitisch notwendige europäische Initiativen" und "intelligente Koppelung von Abrüstung ... mit Konversions-

programmen". Damit liegt die Konferenz in einer Linie mit der Erklärung des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der ebenfalls ein "Konversionsprogramm für die von Standortschließungen und -reduzierungen betroffenen Städte und Gemeinden" fordert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, mit einer Massenarbeitslosigkeit von sechs Millionen Arbeitslosen, ist die Drohung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen wie Geiselnahme. Darauf können wir uns nicht einlassen. Wir dürfen aber auch nicht wegschauen und unsere Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsindustrie und an den Standorten der Bundeswehr mit ihrer Angst um den Arbeitsplatz allein lassen.

¹ Wulf, H. Brzoska, M.: Rüstungskontrolle in der Krise und Abrüstung am Wendepunkt, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt, 11/2001, S. 1 f.

² Financial Times Deutschland 13.11.2001

³ Berliner Zeitung 7.12.01

⁴ NGZ-Online-Wirtschaft 27.10.01

⁵ Financial Times Deutschland, 13.11.2001

⁶ Financial Times Deutschland 19.12.2001

⁷ Junge Welt 7.12.01

⁸ FTD 28.11.2001

⁹ www.bundesregierung.de/dokumente/Artikel/ix_61204.htm, 26.10.01

¹⁰ Financial Times Deutschland (FTD), 25.10.01

¹¹ Junge Welt, 28.12.2001

¹² Rudolf Scharping auf der Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes, 26.10.2001, Bad Neuenahr, www.bundeswehr.de/news/reden/reden_minister/012610_neuenahr_dbwv.html

¹³ R. Scharping, anlässlich der Vortragsreihe "Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Kooperation der Bundeswehr mit der Wirtschaft", 30.10.2001, Leipzig

¹⁴ Stuttgarter Zeitung, 19.11.2001

¹⁵ Bundeswehrplanung für das neue Deutschland, Nassauer, Otfried, in Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 3/92

¹⁶ Otto Schily, Stuttgarter Zeitung, 27.11.2001

¹⁷ Stuttgarter Nachrichten, 26.11.2001

¹⁸ R. Scharping, anlässlich der Vortragsreihe "Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Kooperation der Bundeswehr mit der Wirtschaft", 30.10.2001, Leipzig

¹⁹ web-Seite der Bundeswehr, 28.5.2001

²⁰ ebenda

²¹ Der Spiegel 14/2001 v. 31.3.2001

²² 37 Kommandeurstagung der Bundeswehr 29.11.1999

²³ Stuttgarter Nachrichten 30.1.2001

²⁴ 11. Forum "Bundeswehr und Gesellschaft" der WELT am SONNTAG, Berlin, 18.9.2000

²⁵ Pflüger, Tobias: die neue Bundeswehr, Köln 1997

²⁶ Der Spiegel 14/2001 v. 31.3.2001

-
- ²⁷ Die Zeit, 43/2001
- ²⁸ “Einsatzführungskommando in Potsdam stellt vorzeitig Arbeitsbereitschaft her und führt die Einsätze im Rahmen der Operation “Enduring Freedom”, (MiP-137), 21.11.2001, www.bundeswehr.de
- ²⁹ Stuttgarter Zeitung 31.12.2001
- ³⁰ Lippische Landes-Zeitung 10./11.12.01
- ³¹ FTD 19.12.2001
- ³² FTD 21.12.2001
- ³³ Stuttgarter Zeitung, 19.12.2001
- ³⁴ ebenda.
- ³⁵ Gose, Stefan: Highlight aus Scharpings Wunderhorn. Illoyal 16/2001
- ³⁶ Junge Welt 11.8.00
- ³⁷ Stuttgarter Zeitung, 21.12.2001
- ³⁸ Bundeswehr erhält neues Großgerät und schließt Modernisierungs- und Ausrüstungslücken, www.bundeswehr.de, 13.12.01
- ³⁹ FTD 2.4.01 und Junge Welt 31.3./1.4.01
- ⁴⁰ ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz 8.5.2000, Hamburg
- ⁴¹ Antrag 108 auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg, 1999

Quelle: [Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik](#)